



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Keine Zwei-Klassen-Jugendhilfe für junge Geflüchtete

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat im Rahmen der Beratungen des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - KJSG) Initiativen gegen die geplante Einführung von Rahmenverträgen für Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen einzubringen.

Begründung

Am 12. April wurde vom Bundeskabinett der Gesetzentwurf zur Novellierung des SGB VIII verabschiedet. Der Entwurf sieht vor, Maßnahmen und Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen über Landesrahmenverträge regeln zu können. Die antragstellende Fraktion sieht darin die Schaffung von Sonderregelungen für unbegleitete ausländische junge Menschen verbunden mit der Gefahr, Ansprüche und Leistungen für diese Zielgruppe zu reduzieren.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender